



Wochenschriftlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. — Inserationsgebühr für den Raum einer je nach der Stelle in der Zeitung 2 Sgr.

Vertheilung: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 432. Mittag-Ausgabe.

Sechshundertfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dinstag, den 16. September 1873.

Deutschland.

Berlin, 15. September. [Amtliche.] Se. Majestät der König hat dem ordentlichen Professor der Chemie, Geheimen Ober-Medicinal-Rath Dr. Wöhler zu Göttingen den königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse; dem Kaufmann und Commissionär August Otto zu Breslau, dem Gasthofbesitzer Samuel Andrejky daselbst, dem bisherigen Schulzen Michael Tschaffitz zu Huden im Kreise Schubin, dem Chaussee-Aufsichtsrath Wilhelm Müller zu Liebenwerda das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Strafsanktions-Aufsichtsrath Schöpsky zu Glogau die Rettungsmedaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der Kaiser und König hat dem Bau-Insp. Reumann in Berlin unter Ernennung zum Kaiserlichen Regierungs-Rath eine Stelle als ständiger Hilfsarbeiter bei dem Reichsfinanz-Amt, und dem Eisenbahn-Bau-Insp. Gumbel in Berlin eine Stelle als ständiger Hilfsarbeiter bei dem Reichsfinanz-Amt verliehen.

Se. Majestät der König hat den Wirklichen Geheimen Ober-Justiz-Rath und Präsidenten der Justiz-Prüfungs-Commission Dr. Friedberg zum Unterstaats-Secretär im Justizministerium ernannt, und dem bisherigen königlichen italienischen Consul Carl Anderjky zu Königsberg i. Pr. die Führung des ihm bei seinem Ausscheiden aus der Stellung als Consul von Se. Majestät dem Könige von Italien verliehenen Titels eines „Ehren-Consuls“ gestattet.

Der ordentliche Professor in der philosophischen Facultät der Universität zu Greifswald, Dr. Erdmannsdorffer, ist in gleicher Eigenschaft an die Universität zu Breslau versetzt worden. — Der bisherige Privatdocent und erste Assistent an dem chemischen Institut in Bonn Dr. Theodor Zinde ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Facultät der Universität daselbst ernannt worden. — Der Director Zimmermann am königlichen Taubstummen-Institut zu Königsberg i. Pr. ist in gleicher Eigenschaft an die königliche Taubstummen-Anstalt zu Berlin versetzt worden. — Der Vorgelehrte, Schichtmeister Mäntzer, ist zum Berginspector bei der Berg-Inspection zu Müdersdorf ernannt worden.

Das dem Herrn Theodor Kromer, früher zu Neustadt, jetzt zu Freiburg in Baden, unter dem 20. September 1870 auf die Dauer von drei Jahren ertheilte Patent auf ein durch Modell und Beschreibung erläutertes Combinations-Schloß ist auf fernere zwei Jahre verlängert worden.

Der Vorstand der Angermünde-Schweizer Eisenbahn-Gesellschaft ist zur Ausführung der generellen Vorarbeiten für die Herstellung einer Eisenbahn von Angermünde nach Genthin nebst Zweigbahn nach Rathenow verstatet worden.

Der zum Ober-Pfarrer in Prettin berufene bisherige Superintendent der Diocese Meiburg, Theodor Dipis, ist zum Superintendenten der Diocese Prettin, Regierungsbezirk Merseburg, bestellt worden.

Berlin, 15. September. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] begaben sich heute früh 7 Uhr 30 Minuten mittelfst Extrazuges nach Trebbin, und von dort zu Wagen nach Summersdorf, wohnten dem Manöver der 2. Garde-Division bei, und kehrten auf demselben Wege 1 Uhr 30 Minuten nach Berlin zurück. Demnach nahmen Se. Majestät den Vortrag des Civil-Cabinetts entgegen, und empfingen Se. Kaiserliche und Königl. Hoheit den Kronprinzen nach der Rückkehr Höchstselben von Seinen Inspectionen.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] empfing gestern den Besuch Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs von Baden auf der Durchreise von England nach Schloß Mainau, woselbst Ihre Königl. Hoheit die Großherzogin mit ihren Kindern bereits eingetroffen ist.

[Se. Kaiserliche und Königl. Hoheit der Kronprinz] ist heute früh 9 Uhr in der Begleitung des General-Majors von Gottberg und des persönlichen Adjutanten Oberst Mitschke von Seiner Inspectionsreise in Bayern über Großbeeren nach dem neuen Palais bei Potsdam zurückgekehrt. (Reichsanz.)

○ Berlin, 15. September. [Gesetz über Ehescheidungen in Elsaß-Lothringen. — Die Landtagswahlen. — Herr v. Balan. — Der Oberpräsident der Rheinprovinz.] Dem Bundesrath ist von Seiten des Reichsfinanz-Amtes der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Wiedereinführung der Ehescheidung in Elsaß-Lothringen, vorgelegt worden. Es wird dadurch das französische Gesetz vom 8. Mai 1816 über die Abfassung der Ehescheidung aufgehoben, und zugleich werden die Vorschriften des Code civil wieder in Wirksamkeit gesetzt. Für Elsaß-Lothringen ist die Aufhebung des Gesetzes von 1816 um so mehr geboten, als dort die durch dasselbe erzeugten Mißstände bei der verhältnismäßig weit größeren Anzahl von Protestanten und Israeliten viel stärker hervortreten, als in Frankreich. Abgesehen hiervon erscheint die Befristung des Gesetzes für Elsaß-Lothringen schon dadurch hinreichend gerechtfertigt, daß das Institut der Ehescheidung in dem übrigen Deutschland, insbesondere in denjenigen Theilen desselben, wo der Code civil Geltung hat, besteht und bei dem starken persönlichen Verkehr eine Gleichstellung von Elsaß-Lothringen mit den anderen deutschen Staaten auf diesem Rechtsgebiete durchaus erforderlich ist. — Es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß es der Regierung darum zu thun ist, eine schnelle Einberufung des Landtages möglich zu machen. Obwohl nun der Termin für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus noch nicht festgesetzt ist, so hat doch der Minister des Innern bereits an alle Provinzialbehörden die Weisung gerichtet, die erforderlichen Vorbereitungen ungesäumt zu treffen, damit nach Feststellung des Termins die Wahlen ohne Zögerung erfolgen können. — Herr von Balan ist nach Beendigung seines Urlaubs wieder in Berlin eingetroffen und hat die interimistische Wahrnehmung der Geschäfte des Staatssecretärs im auswärtigen Amte wieder angetreten. Es als wahrscheinlich, daß er als Gesandter des deutschen Reiches nach Brüssel zurückkehren wird. — Eine hiesige Correspondenz hat behauptet, daß der Urlaub des Ober-Präsidenten der Rheinprovinz, v. Bardeleben, in den clericalen Gemüthern Besorgniß erzeuge, da der Genannte den kirchengesetzten mitgetheilten Empfindung gegenüberstehe, der Umstand aber, daß nicht, wie sonst üblich, ein Mitglied desselben Regierungs-Collegiums, sondern ein auswärtiger Regierungs-Präsident, Herr v. Ende, zur Stellvertretung berufen sei, es als wahrscheinlich hinstellen, daß der bisherige Ober-Präsident zur Disposition gestellt werden solle. Dem gegenüber ist darauf hinzuweisen, daß kurz vor der Beurlaubung des Herrn v. Bardeleben nicht allein der Regierungspräsident Graf Willers nach Frankfurt a. O. versetzt, sondern auch der mit dessen Stellvertretung beauftragte Oberregierungs-Rath Sling in das Ministerium des Innern berufen worden. Aus diesem Umstande erklärt es sich, daß mit der Stellvertretung des Oberpräsidenten ein Beamter eines benachbarten Regierungsbezirks betraut wurde. Zum Ueberflus ist noch hinzuzufügen, daß die dem Oberpräsidenten v. Bardeleben zugeschriebene zweifelhafte Stellung zu den Clericalen durchaus ohne Begründung ist.

D. R. C. [Der Ministerpräsident Graf von Roon.] welcher sich bald nach dem 2. September zunächst nach der Gegend von Greitz begeben hatte, um ein dort angekauftes Rittergut zu übernehmen, der von dort aus hierher wieder zurückkehrte und sich fast ohne Aufenthalt nach Coburg begab, um das dort ebenfalls angekaufte Rittergut und Schloß Neuhaus zu übernehmen, hat sich jetzt mit Familie

nach dem Comersee begeben, wo er voraussichtlich bis Anfang October verweilen wird. Es ist sehr zweifelhaft, ob Graf von Roon während der Abwesenheit des Königs Viktor Emanuel hierher zurückkehren wird.

D. R. C. [Der Erweiterungsbau des Reichstagsgebäudes.] welcher ursprünglich für dieses Jahr noch in Aussicht genommen war, kann jetzt als definitiv ausgesetzt bezeichnet werden. Der Grund hierzu kann zum Theil in dem Umstand gesucht werden, daß der Bau des Parlamentsgebäudes, sobald der von uns früher genannte Bauplatz an der Unterbaumstraße die Zustimmung der beschaffenden Commission findet, schon binnen Kurzem in Angriff genommen wird, und daß man glaubt, für diesen Fall die Bauarbeiten so zu beschleunigen, daß das neue Gebäude schon innerhalb vier bis fünf Jahren vollendet sein wird. Andererseits aber auch dürfte ein zweiter Grund für die Aussetzung des projectirten Erweiterungsbau des interimistischen Gebäudes darin zu suchen sein, daß die Baulichkeiten an und für sich doch zu wenig Raum bieten, um derartige umfassende Veränderungen mit ihnen vorzunehmen. Wenn schon der Seitenflügel, in dem sich jetzt die Bureau des Reichstages befinden, Raum genug bietet, um durch Aufsetzung eines Stockwerkes Localitäten für die Unterbringung des Archivs zu beschaffen, so wäre doch immer nicht genügender Raum vorhanden, um Abtheilungs- und Commissionenzimmer durch bauliche Ausführungen neu herzustellen. Es lag allerdings in der Absicht, durch die Aufführung eines neuen Stockwerkes auf dem Vordergebäude die nöthigen Räumlichkeiten zu erlangen; allein in der Erwägung, daß die größere Zahl der Reichstagsmitglieder sich bereits in vorgerücktem Alter befinden, und daß es für diese doch in hohem Maße beschwerlich sei, bis in die oberen Stockwerke hinauf zu steigen, hat auch von diesem Plane Abstand nehmen lassen, und neuerdings zu dem weiteren Project geführt, wenn die Baulichkeiten zu einer dringenden Nothwendigkeit geworden sein sollten, dann die Ausführung derselben vielleicht auf dem hinteren Theile des Grundstücks der ehemaligen Porzellanmanufaktur zu errichten. Hier wäre allerdings der erforderliche Platz vorhanden, allein es ist zunächst nöthig, daß Verhandlungen mit den betreffenden Ressortbehörden deshalb eingeleitet werden, bevor man der Ausführung des Planes näher treten kann. Hierüber dürfte jedoch die zum Bauen günstige Zeit verstreichen, so daß, wenn man überhaupt nochmals diese projectirten Bauten zur Ausführung bringen will, damit vor Beginn des nächsten Frühjahr wohl nicht der Anfang gemacht werden kann.

D. R. C. [Die Bezirksregierungen] sind angewiesen worden, mit Rücksicht auf die zur Zeit grassirende Cholera während der Dauer der Epidemie die Zugänge zu Ablässen aus fremden Kirchspielen, das Verweilen der nicht im Ablassorte selbst, aber im Kirchspiele Einheimischen nach Beendigung der kirchlichen Feiern an dem Ablassorte und demgemäß den bei Ablässen üblichen Marktverkehr resp. das Aufstellen von Verkaufsbuden u. a. m. zu untersagen.

[Der Feldprobst Namezanowski.] Wie die „Germania“ mittheilt, ist dem katbolischen Feldprobst Namezanowski, den das genannte ultra-clericale Blatt noch immer „Armeebischof“ nennt, das Erkenntniß des Staatsministeriums (als zweiter Instanz), wodurch derselbe in den Ruhestand versetzt wird, vor einigen Tagen zugestellt worden.

[Marine.] S. M. S. „Niobe“ ist am 12. d. M. im Wohlenberger Wad eingetroffen und S. M. S. „Ariadne“ am 13. d. M. Abends nach Danzig in See gegangen.

Posen, 15. Septbr. [Der Erzbischof Graf Ledochowski] sorgt dafür, daß es der Staatsanwaltschaft nicht an Material zu neuen kirchenpolitischen Prozeßfällen fehle. So hat derselbe einer Mittheilung des hiesigen Correspondenten des „Esa“ zufolge, zu Beginn dieses Monats 28 von ihm unlängst in Gnesen ordinirte junge Geistliche als Beiräte oder Hilfsgeistliche angestellt, ohne sich mit der staatlichen Behörde vorher ins Einvernehmen gesetzt zu haben. Auch in Posen sollen kürzlich zwei geistliche Anstellungen mit Umgehung der Matzelege erfolgt sein.

Magdeburg, 15. Sept. [Dementi.] Der „Magdeburger Zeitung“ wird von zuverlässiger Seite aus Dessau gemeldet, daß die Nachricht von der beabsichtigten Abschließung eines Accessions-Vertrages zwischen Anhalt und Preußen auf einer Combination beruhe, welche ohne jede Basis sei.

Dortmund, 15. Sept. [In der heute hier stattgehabten General-Versammlung] des Dortmunder Steinoblenbergwerks Luise Tiefbau, in welcher 8495 Aktien vertreten waren, wurde eine Dividende von 15 pSt. pro rata temporis genehmigt und der bisherige Aufsichtsrath einstimmig wiedergewählt. Die Auszahlung der Dividende soll vom 2. October an mit 12 1/2 Thlr. pro Actie erfolgen.

Röln, 12. Sept. [Zum Processionswesen.] Der von Ryll und Genossen in der gestrigen Stadtverordneten-Versammlung gestellte motivirte Antrag, die hiesigen Processionen und Wallfahrten betreffend, lautet wie folgt: „Nachdem es bekannt geworden, daß die königliche Staatsregierung das Processionswesen im Allgemeinen in legislativem Wege zu ordnen beabsichtigt, beschließt die Stadtverordneten-Versammlung, der königlichen Regierung zu Röln gegenüber den Wunsch auszusprechen, dieselbe möge geeigneten Ortes herbei auch die Abstellung der mißlichen Verkehrsstörungen befürworten, welche in dem engen Straßen Röln durch die hierorts zahlreichen Processionen und Wallfahrten verursacht werden.“ Der Antrag wurde nach längerer Debatte mit 18 gegen 6 Stimmen angenommen.

Fulda, 8. Septbr. [Der Jesuitismus in Kurhessen.] Heute sind es gerade 4 Jahre seit dem Tage, an welchem der sich gern in Hyperbeln bewegende Bischof Ketteler von Mainz bei Gelegenheit der damaligen Conferenz des deutschen Episcopats auf das seiner Wirksamkeit entgegengehende Project der Gründung einer katholischen Universität in der Bonifaciusstadt hinwies und als erste Stufe des jesuitischen Baues das hiesige bischöfliche Knabenseminar bezeichnete. Doch tempora mutantur — heute ist das Knabenseminar wegen Reizens des Bischofs auf obrigkeitlichen Befehl für immer geschlossen worden! Diese, von Röln trotz des Widerspruches der kurhessischen Regierung und eines großen Theiles der damaligen Diöcesan-Geistlichkeit gegründete Anstalt erwies sich bald als das Ayl für das jesuitische Lehrsystem und die Pfanzstätte der bekannten Moraltheologie, die das sittliche Leben innerhalb des Clerus vergiftet hat. Nicht Seelsorger, sondern unwissende und gefühllose Maulhelden wurden in diesem Winter erzogen, Fäule, die zum Fluchen auf alle Andersdenkenden und zum Höhnen auf die ihnen selbst kaum dem Namen nach bekannten Wissenschaften, namentlich die Naturwissenschaften, förmlich dreist wurden. Die Hausordnung bot das Bild einer Hochschule für die raffiniertesten Schüler; denn der mündliche Verkehr mit den Familienangehörigen, ja schon das bloße Ansehen der leiblichen Schwester hatte eine schwere Abnugung zur Folge. Und die hier erzogenen, bereits seit dem neunten Lebensjahre in das Joch dieser Haus-

ordnung gespannten Capläne sollten dazu berufen sein, in allen Verhältnissen des Lebens Rathschläge, Ermunterung und Trost zu ertheilen! Die kurhessische Regierung hatte auch in richtiger Würdigung der Sachlage alle im Knaben-Seminar gebildeten Priester bei Besetzung etatsmäßiger Stellen ein für allemal ausgeschlossen, obwohl der Bischof, der bei dem Ex-Kurfürsten eine persona grata war, zu wiederholten Malen schriftlich wie mündlich eine Abänderung herbeizuführen versucht hatte. Die Staatsregierung gab nun einmal diesen „schwarzen“ unter den schwarzen Sulfaren“ keinen Bardeon. Fast mit dem Beginn der preussischen Ära, nach dreizehnjährigem Bestande des Knabenconvents, trat eine Wendung im Sinne des Bischofs ein, welcher bald im ausgedehnten Maße von seiner Befugniß, die Pfarstellen im Regierungsbezirk Kassel ohne Zuthun der Regierung besetzen zu dürfen, Gebrauch machte und die Alumnaatpriester, die das Gymnasium absolvirt hatten, förmlich zurücksetzte. Jetzt blühte für den Jesuitismus der Weigen in Hessen und das Domecapitel hatte bald so umfassende Dislocationen unter den Pfarrern der älteren und jüngeren Richtung, wie man hier beide Kategorien zu unterscheiden pflegt, vollendet, daß den ultramontanen Principien Ähren und Äthiren in der ganzen Diöcese binnen kurzer Frist geöffnet waren. Was diese Truppenvertheilung bewirkt hat, beweisen die zahlreich ins Leben gerufenen jesuitischen Vereine, die Umgestaltung der Klöster und mehr noch die Agitationen bei den letzten Reichstags- und Landtagswahlen. Diesen augenfälligen Fortschritten der Römlinge haben jetzt die kirchengesetz ein wirksames Ziel gesetzt und die heute unter blutigen Zornesthären der in Rom geküßelten Oberpriester erfolgte Schließung des Knabenseminars leistet Bürgschaft dafür, daß der spätere Clerus aus anderen Urformen hervorgehen wird, als der jetzige.

Hoffentlich wird es nie möglich werden, das zu Grabe getragene Institut in irgend einer Form später wieder aufzurichten, wie sich denn auch das angebl. Project einer Verlegung auf großherzoglich weimar'sches Gebiet nur als ein frommer Wunsch der Mitglieder des hiesigen schwarzen Clubs charakterisirt. Sind erst die Bollwerke des Jesuitismus in Deutschland gefallen, die nur unter reactionären Regierungen entstehen konnten, dann wird es zweifelsohne die leichtere Mühe sein, den Geist der Römlinge mit den bewährten Waffen des Fortschritts für immer zu verdrängen. (Presse)

Fulda, 10. September. [Knabenseminar und Priesterseminar.] Die meisten Zöglinge des aufgelösten Knaben-Seminars sind nun genöthigt, zu Gymnasien überzutreten, mehrere derselben wollen, wie die Morgenzeitung vernimmt, bis zu der ersetzten Wieder-einführung der Anstalt — darauf hat man sie nämlich clericalerseits getrieben — Privatunterricht nehmen, während nur sehr wenige sich einem bürgerlichen Berufe zu widmen gesonnen sind. — Ueberzeugt von der Unmöglichkeit des Fortbestehens des hiesigen Priesterseminars soll, derselben Duell zufolge, Bischof Röhl neuerdings sich entschlossen haben, dasselbe mit dem Schluß des Studienjahres freiwillig eingehen zu lassen. Die wenigen Zöglinge desselben werden alsdann die Hochschule in Würzburg beziehen.

München, 11. September. [Das Cultus-Ministerium] hat laut „Münch. Corr.“ dem Benedictinerstift zu St. Bonifaz in München die Ordensstatuten abverlangt.

** Constanz, 12. September. [Katholiken Congreß.] Die zweite Delegirten-Versammlung wurde um 3 Uhr eröffnet. Präsident von Schulte berichtigte über mehrere eingelaufene Schreiben und Depeschen u. a. über ein Schreiben des Bischofs von Maryland, welcher dem vorjährigen Congreß beigewohnt hat.

Es wird mit der Discussion der ersten Abschnitte der Synodal-Ordnung begonnen. Der 1. Abschnitt (Allgemeine Bestimmungen § 1-4) wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Zu dem 2. Abschnitt („Der Bischof“, § 5-12) sind mehrere Amendements von Ober-Reg. A. Wälffing eingebracht; dieselben finden nicht die nach der Geschäftsordnung erforderliche Unterstützung von 30 Mitgliedern, und der 2. Abschnitt wird ohne Debatte angenommen.

Zu dem 3. Abschnitt (die Synodal-Repräsentanz § 13-20) liegt ein auf § 15) die Wahl der Mitglieder der Synodal-Repräsentanz betreffendes bezügliches Amendement von Ober-Reg. Rath Wälffing vor, wo nach ausdrücklicher Bestimmung werden soll, daß die Mitglieder der Synodal-Repräsentanz „durch Stimmzettel mit absoluter Majorität zu wählen sein. Dasselbe wird von dem Referenten bekräftigt und angenommen. Ein anderes Amendement findet nicht die nöthige Unterstützung. Der 3. Abschnitt wird einstimmig angenommen.

Zu dem 4. Abschnitt („die Synode“, § 21-34) liegen einige Amendements von D.-R.-Rath Wälffing, Prof. Michels und Herrn Bülch aus Carlshausen vor (von letzterem bezüglich des übermäßigen Gebrauchs von Fremdwörtern in dem Synodal-Statut); § 21 wird mit einer redactionellen Aenderung angenommen.

Zu § 22 hat Ober-Reg.-Rath Wälffing das Amendement gestellt, daß nur diejenigen Geistlichen Mitglieder der Synode sein sollen, welche ein Pfarr-Amt verwalteten, Prof. Friedrich meint alle in der Seelsorge sowie alle im Lehramt thätigen Geistlichen seien zu der Synode zuzulassen. Neben-lich äußert sich Prof. Wölmer, Bischof Reinkens schlägt vor zu setzen: „alle katbol. Geistlichen, welche im Dienste unserer Kirche mit Genehmigung des Bischofs thätig sind.“ Prof. Friedrich beantragt, die Worte „mit Genehmigung des Bischofs“ zu streichen, da er z. B. in seiner Stellung in Baiern nicht die Genehmigung des Bischofs Reinkens zu seiner geistlichen Thätigkeit nachsuchen könne. Die Anträge von Reinkens und Wälffing werden abgelehnt, der Antrag von Friedrich zurückgezogen. Der Antrag von Wälffing zu § 22, daß die Gemeinden und Vereine auch auswärtige zu Abgeordneten zur Synode wählen dürfen, findet nicht die nöthige Unterstützung; desgleichen nicht einige Amendements zu den folgenden Paragraphen. — Wälffing spricht gegen die Bestimmung des § 26, daß die für die Synode bestimmten Anträge 14 Tage vor dem Beginn der Synode anzumelden sind. Prof. Michels und Oberamtsrichter Bud von Heidelberg vertheidigen diese Bestimmung. Justizrath Eilenber wünscht, es möchten Petitionen und Beschwerden auch noch kurz vor und während der Synode zugelassen werden. Der Referent spricht wiederholt für Beibehaltung der Bestimmungen des Entwurfs, desgleichen zum Schluß der Präsident. Die Bestimmung des Entwurfs wird fast einstimmig angenommen.

Zu § 30 bringt Prof. Michels die Frage in Anregung, in wie weit dem Bischof ein Veto gegen die Beschlüsse der Synode zustehe. Der Antrag wird nicht gehörig unterstützt. Die übrigen Paragraphen des 4. Abschnitts werden ohne Discussion angenommen.

Appellationsgerichtsrath Rottels aus Röln referirt im Namen der Synodal-Repräsentanz über den 5. und 6. Abschnitt des Entwurfs der Synodal- und Gemeinde-Ordnung, welche „die Gemeinden“ und „die Pfarrer und Hilfsgeistlichen“ betreffen. Eine Reihe von Paragraphen wird ohne Discussion angenommen, einige Amendements zu andern Paragraphen finden nicht die erforderliche Unterstützung, andere werden abgelehnt; einige Aenderungsvorschläge werden angenommen. Es handelt sich dabei um Punkte von untergeordneter Bedeutung, Competenz und Geschäftsordnung des Kirchenvorstandes, Anstellung von Hilfsgeistlichen u. dergl. An der Debatte betheiligen sich außer dem Referenten der Ober-Regierungs-Rath Wälffing, Justizrath Eilenber, Sanitätsrath Hofenleber, Antrath Reich, Bischof Reinkens, Bürgermeister Stromeier, Professor Reich, Abbotat Niebnermayer, Professor Wölmer. Zu § 45 regt der Jrländer Whittle den Gedanken an, ob nicht den selbstthätigen Frauen die Theilnahme an Gemeindeversammlungen zu gestatten sei. Es kommt zu keiner Debatte darüber.

Der Antrag des Ober-Regierungs-Rath Wälffing auf Streichung des § 52, welcher die Beobachtung der staatlichen Bestimmungen über die Anstellungsfähigkeit der Geistlichen vorschreibt, findet nicht die erforderliche Unterstützung.

Schließlich wird der ganze Entwurf angenommen mit der Bestimmung, denselben zur definitiven Annahme der Synode zu überweisen. Als Delegirte sind weiter u. A. eingetroffen: Professor Cornelius und Dr. Ringel aus München, Dr. Böck aus Augsburg, Adv.-Anwalt Hirsarth aus Röln, Geh. Rath Ketteler, Professor Dauterle und Oberlehrer

Giesen aus Bonn, Graf v. Enzenberg aus Carlsruhe, Graf v. Bachholz aus Weßfalen, die altkatholischen Seelsorger Renste, Mazanc, Raminetti und Künzinger; — als Gäste: E. de Bressen aus Paris, Hyacinthe Loyson aus Genf, Abbotat Whittle aus Dublin u. A.

(Nicht der Staatsrath Selzer, wie in dem ersten Artikel angegeben wurde, sondern Professor Selzer ist hier amwesend.)

Constat, 13. September. [Der Congress der Altkatholiken.] Die dritte Delegirten-Versammlung wird um 9 Uhr von dem Vorsitzenden G. R. von Schulte eröffnet. Er ladet zur Theilnahme an der Verhandlung eines gestern plötzlich verstorbenen Constanzer Comité-Mitgliedes ein und äußerte daran einige warme Worte der Erinnerung an den um die altkath. Sache hochverdienten verstorbenen Oberlehrer Theodor Stumpf in Gießen. Er verliest ein Schreiben des Bischofs von Maryland, der auf dem Kölner Congress zugegen war.

Prof. v. Schulte legt dann den Antrag vor, es möge die Synodal-Repräsentanz ermächtigt werden, neben der auf dem vorigjährigen Congress für die Unionsverhandlungen mit den anderen Confessionen niedergesetzten Commission besondere Subcomités zur Verhandlung mit den einzelnen Confessionen (der griechischen, anglicanischen und protestantischen) zu bilden. Prof. Michels spricht in warmen Worten über die kirchliche Einigung, für welche in Köln zuerst ein fester Grund gelegt worden, für welche aber in Deutschland im Laufe des letzten Jahres noch nicht viel habe geschehen können vor der Vollziehung der Bischofswahl und der kirchlichen Organisation. Er hofft, die Bildung von Specialcommissionen werde nicht zur Zersplitterung führen und nicht die große Idee der kirchlichen Einigung im Allgemeinen zurücktreten lassen. Er schlägt vor, eine Subcommission für die orientalischen kirchlichen Verhältnisse in München, eine andere für die occidenalischen in Bonn zu bilden. Als Ziel sei ins Auge zu fassen, dem Zerbröckel des Vaticanischen Concils ein wahrhaftes ökumenisches Concil entgegenzustellen. Michels regt schließlich die Gründung eines besonderen literarischen Organes für die Unionsangelegenheit an, und empfiehlt den Subcomissionen, miteinander in regelmäßiger Correspondenz zu bleiben und mit den in Deutschland wohnenden Geistlichen anderer Confessionen in Verbindung zu treten. — Prof. Friedrich als Secretär der in Köln gebildeten Commission spricht über die Schwierigkeiten, durch welche es bewirkt worden sei, daß die Commission im Laufe des Jahres keine bedeutenden praktischen Resultate erzielt habe. Jetzt habe der Bischof mit der Synodal-Repräsentanz die Leitung der Sache in die Hand zu nehmen. — Prof. Huber empfiehlt den Antrag auf Bildung von Specialcommissionen, deren Mitglieder an denselben Orte wohnen müßten; er empfiehlt ferner die Einleitung einer monatlichen Correspondenz, die Uebersendung von literarischen Arbeiten u. c. Eine eigentliche kirchliche Einigung stehe noch nicht in naher Aussicht, aber schon jetzt könne man sich besser kennen und darum lieben lernen. — Oberamtsrath Bed empfiehlt, der Synodal-Repräsentanz die nötigen Anordnungen vertrauensvoll zu überlassen. — v. Schulte erklärt, die von Michels ausgesprochenen Wünsche würden jedenfalls berücksichtigt werden; die nähere Organisation müsse aber der Synodal-Repräsentanz überlassen werden. Der von ihm vorgelegte Antrag wird fast einstimmig angenommen.

b. Schulte legt folgenden Antrag der Synodal-Repräsentanz vor: „Der Congress wolle beschließen: 1) Es ist ein Aufruf an sämtliche Gemeinden zu erlassen zur Bildung eines Fonds zur Unterhaltung bez. Unterstützung der Theologie-Studierenden; 2) zur Gründung für diesen Fond eine Sammlung auf dem Congress einzuleiten; 3) dessen Verwaltung und Verwendung seiner Einkünfte der Synodal-Repräsentanz zu überweisen; 4) es ist ein gleicher Aufruf zu erlassen zu Beiträgen für einen Fond zur Unterhaltung bez. Unterhaltung schlecht dotirter und emeritirter altkatholischer Geistlichen, dessen Verwaltung und Verwendung ebenfalls der Synodal-Repräsentanz zu überweisen ist; 5) alljährlich ist dem Congress und der Synode über Einnahme, Ausgabe und Bestand Rechnung abzugeben.“ — Prof. Reimer hat einen Antrag derselben Tendenz gestellt, den er zu Gunsten des vorstehenden zurückzieht. Namens der Synodal-Repräsentanz motivirt Sanitätsrath Hasenleber den Antrag. — D. R. R. Wälffling spricht für die Bildung eines Fonds zur Unterhaltung von Theologie-Studierenden, aber gegen die Bildung eines Fonds für emeritirte und dienstunfähige Geistliche, da ein solcher für jetzt kein Bedürfnis sei. — Prof. Knodt bemerkt, das dringende Bedürfnis sei die gute Heranbildung von tüchtigen jungen Geistlichen; es sei aber nicht richtig, wenn der Vorredner einen Fond zur Unterhaltung von dienstunfähigen Geistlichen als unnötig bezeichne. — Prof. Thürlings empfiehlt den 2. Antrag, hat dagegen Bedenken gegen den ersten Antrag, da die Gründung von reichlichen Unterstützungen Unruhe zum Studium der Theologie verleiten könne. — Bürgermeister Stromayer spricht für beide Anträge, glaubt aber, man solle nicht unterlassen, die Ansprüche auf die den Katholiken zustehenden Fonds geltend zu machen. — Bischof Reinkens stimmt dieser Bemerkung zu, hebt aber hervor, daß zur Beilegung des augenblicklichen Nothstandes die Aufbringung von Mitteln für beide Zwecke erforderlich sei; für die richtige Verwendung der Mittel werde die Synodal-Repr. Sorge tragen. — Ober-Reg.-Rath Wälffling nimmt seine Opposition gegen den 2. Antrag zurück. — Oberamtsr. Bed und Prof. Reuch empfehlen den ersten Antrag, v. Schulte den zweiten. Letzterer hebt zugleich hervor, es handle sich nicht um Sammlungen in unbemittelten Gemeinden, sondern hauptsächlich um das Erhalten von Beiträgen von Bemittelten, welche für so gute bestimmte Zwecke gewiß gewährt werden würden.

Der Antrag der Synodal-Repr. wird unverändert fast einstimmig angenommen.

Der Altkatholiken-Verein in Grefeld hat folgenden Antrag eingebracht: 1) „Der Congress ernenne eine Commission von drei Mitgliedern, welche an demselben Orte wohnen und beauftragt dieselbe, ein Verzeichniß der auf die altkatholische Bewegung bezüglichen, empfehlenswerten Schriften anzufertigen.“

2) Dieses Verzeichniß enthält: a. den Verleger, b. den Preis, c. die Bedingungen, unter denen Schriften billiger bezogen werden können, d. eine Bezeichnung für Schriften, welche sich für einen größeren Leserkreis, und eine besondere Bezeichnung für solche, welche sich für Massenverbreitung eignen.

3) Verfasser und Verleger sind durch den „Merkur“ aufzufordern, der Commission in einer bestimmten Frist die nötigen Notizen einzufenden, sowie dieselbe bei neu erscheinenden Schriften in gleicher Weise zu unterrichten.

4) Das Verzeichniß, sowie die nach Bedürfnis alle drei oder sechs Monate erscheinenden Supplemente werden dem „Deutschen Merkur“ und einigen andern bedeutenden Blättern als Beilage beigelegt, und außerdem den Vereinen in beliebiger Zahl zu einem mäßigen Preise überlassen.

5) Die Vereine sind aufzufordern, diese Verzeichnisse an ihre Mitglieder zu vertheilen, sich die Verbreitung geeigneter Schriften anlegen sein zu lassen, sowie ein Mitglied zu designiren, welches die gewünschten Schriften auf buchhändlerischem Wege oder direct beim Verleger bestellt.

6) Alljährlich im Monate Juli haben die Vereine der Commission einen kurzen Bericht über ihre Thätigkeit einzureichen und darin mitzutheilen, welche Schriften und in wie vielen Exemplaren jede einzelne von ihnen bestellt und betrieben worden sind.“

Der Antrag wird ohne Discussion angenommen, und die Commission aus den Professoren b. Schulte, Knodt und Reuch in Bonn gebildet. In Folge eines ausgesprochenen Wunsches verliest v. Schulte das gestern erwählte Schreiben an die evangelische Allianz, wofür die Versammlung lauten Beifall spendet. Dr. Caspary aus Ungarn trägt Bemerkungen über theologische Fragen vor, welche bei dem schwachen Organ des Redners größtentheils unverständlich bleiben.

Dr. Howson, Decan der Cathedral von Chester, hielt eine englische Ansprache, worin er in seinem Namen und in dem seines Freundes, des Bischofs von Winchester (früher von Ely) die besten Wünsche für die altkatholische Bewegung ausdrückte. Der Präsident beantragt die Festsetzung des Ortes des nächsten Congresses den zu der nächsten Synode zusammenkommenden zu überlassen. Brieflich ist Breslau vorgeschlagen worden und wird von Professor Weber empfohlen; Professor Huber empfiehlt Regensburg. Ober-Reg.-Rath Wälffling empfiehlt die Festsetzung des Ortes den Central-Comités in Köln und München zu überlassen; diesem Antrag tritt der Präsident bei, und derselbe wird angenommen.

Bischof Reinkens dankt dem Decan von Chester und dem Bischof von Winchester.

Der Präsident widmet dem Andenken des verstorbenen Prof. Münzinger von Bern einige warme Worte. Er hebt dann hervor, daß das Werk des diesjährigen Congresses nicht weniger wichtig und bedeutend sei, als das der beiden vorjährigen Congresses, daß es nur erfreulich sei, wenn jeder seine Meinung frei ausspreche und wenn nicht alle Anträge ohne Discussion angenommen seien, daß sich die schönste Uebereinstimmung in allem Wesentlichen herausgestellt habe und daß seit Jahrhunderten nicht in solcher Weise Bischof, Geistliche und Laien gemeinsam über kirchliche Dinge beraten. Er schließt mit dem Wunsche, auf der ersten Synode alle Gemeinden vertreten zu sehen und mit der Aufforderung, sich vertrauensvoll und in liebevoller Hingebung um den Bischof zu scharen. Die Versammlung bringt dem Bischof ein dreimaliges Hoch aus.

Der Präsident dankt den anwesenden Gästen aus andern Confessionen

und Ländern, dann der Utrechter Kirche, der die deutschen Altkatholiken für die Consecration ihres Bischofs zu Dante verpflichtet seien. (Die Versammlung erhebt sich zu Ehren des sel. Erzbischofs Loos.) Ober-Reg.-R. Wälffling bringt dem Präsidenten b. Schulte ein Hoch aus, in welches die Versammlung stürmisch einstimmt.

Strasburg, 13. September. [Die Excesse in Luneville.] Den Herren, welche am 9. d. M. dem französischen Ober-Procurator ihre Angaben über die ihnen in Luneville angethanen Mißhandlungen zu Protokoll gaben, wurde Seitens desselben im Namen der französischen Regierung die Zusicherung vollständiger Satisfaction zu Theil. Sie weigerten sich zuerst, sich in Luneville verhaften zu lassen, da sie neue Excesse befürchteten, worauf ihnen auf telegraphischem Wege die Zusicherung wurde, daß alle Vorkehrungen für ihre Sicherheit getroffen seien und sie sich nicht in die Stadt selbst zu begeben hätten, sondern in einem bereit gehaltenen Saale des dortigen Bahnhofgebäudes ihre Angaben machen dürften. Sie wurden dann schon auf der der Luneviller zunächst gelegenen Station von einem Polizei-Commissar freundlich empfangen, begleitet und am Bahnhof in Luneville dem dort ihrer barrenden Beamten vorgestellt. Im Laufe des Verhörs wurden auch zwei der Hauptattentäter vorgeführt, von denen unsere Landsleute aber nur einen recognosciren konnten, welcher aber ganz offen bemerkte, daß er wieder vorkommenden Falles eben so handeln werde. Die Verhandlungen wurden streng unparteiisch geführt. (R. Z.)

Strasburg, 15. Sept. [Kreis- und Bezirkstage.] Die „Strasb. Ztg.“ meldet, daß die Kreis- und Bezirkstage in diesem Jahre nicht wieder zusammenzutreten werden. Die nächste Einberufung derselben wird erst im kommenden Jahre 1874 erfolgen.

Frankreich.

Paris, 13. Sept. [Zur Räumung von Verdun.] Einem Schreiben der „Presse“ aus Verdun vom 12. d. entnehmen wir Folgendes: „Im Augenblicke befindet sich hier nur noch ein Infanterie-Regiment nebst einer Schwadron Ulanen, welche morgen früh um 8 Uhr abmarschiren werden. Die sehr patriotische Bevölkerung erwartet mit Ungeduld den Abmarsch; sie zollt jedoch alle Anerkennung der strengen Disziplin der Deutschen und dem Gerechtigkeitsgefühl des Generals von Manteuffel, der bis zum letzten Augenblicke Frankreich eine ihm von seinen Landsleuten so sehr vorgeworfene Sympathie bewies. Sie wissen, daß nach dem Artikel 6 des Verduner Capitulations-Vertrages das Kriegsgeräth an Frankreich zurückkommt. Die Prüfung desselben ergab, daß dasselbe 182,000 Francs weniger werth war, als am Tage der Uebergabe. General Manteuffel erhob keine Schwierigkeiten und die Summe wurde sofort bezahlt. Eine andere aber nicht officielle Unterhandlung findet gegenwärtig hier noch Statt. Dieselbe wird mit deutschen Juden geführt, welche das ganze Kriegsgeräth kaufen wollen, das nicht mehr zu gebrauchen ist. Man behauptet hier, daß das Geschäft betriebs des Kriegsgeräths sehr bedeutend sei und es sich um mehrere Millionen handle. Man fügt hinzu, daß der Kriegsminister nächsten Sonntag hieherkommen soll, um zu bestimmen, ob die Operation stattfinden soll oder nicht.“

[Aufsuf.] Bei Gelegenheit der Räumung von Verdun erließ der Maire dieser Stadt folgenden Aufruf:

Meine theuren Mitbürger! In drei Tagen wird die deutsche Armee das Gebiet von Verdun, letztes Band des Königreiches Frankreichs, verlassen. Bald darauf werden die französischen Truppen in unsere Mauern einmarschiren, die sie auf so tapfere Weise mit uns vertheidigt haben. Um diesen so ungeliebt erwarteten Tag zu feiern, werden wir nur einen einzigen Gedanken haben: die Freude, uns selbst zurückgegeben zu sein. Wenn irgend etwas unsere tiefe Befriedigung vermehren könnte, so wären es sicherlich die Beweise von Sympathie, die uns von allen Punkten Frankreichs zugegangen sind und welche ich soeben von den Franzosen aus Newyork mit den Glückwünschen für unsere Befreiung erhalte. Aber vergessen wir nicht, daß es in unserer Nähe im Herzen französisch gebliebene Bevolkerungen giebt, welche leiden, weil sie vom Mutterlande getrennt sind. Diese schmerzliche Erinnerung laßt uns, daß wir weder einen Triumph, noch einen Sieg zu feiern haben. Nach dem Abmarsch der Deutschen wird die große Glocke geläutet und die dreifarbige Fahne auf einem der Thürme der Kathedrale aufgehängt werden. Bei diesem Signal wird das Stadthaus besetzt. Des Abends werden die öffentlichen Gebäude illuminiert. Sie auffordern, dieses Beispiel zu befolgen, wäre eine Beleidigung; Ihr Patriotismus bedarf keiner Aufmunterung. Eine außerordentliche Vertheilung von Lebensmitteln wird an die Armen gemacht werden. Der Maire Benoit.

Verdun, 13. Septbr. [Ueber den Abmarsch der deutschen Truppen] schreibt man der „R. Z.“ von hier: Heute Morgen um 7½ Uhr hielt General v. Manteuffel auf der Place la Roche über die versammelte deutsche Garnison Rede ab. Die Musikkapelle spielte die deutsche National-Hymne und die Truppen zogen durch die Porte Chaussée ab. Um 7 Uhr hatten französische Gendarmen die Wachen besetzt. Um 8½ Uhr war Alles beendet; überall herrschte Begeisterung. Die Stadt war besetzt. Man rief: Es lebe Ehere! Es lebe die Republik! Die französischen Truppen kamen um 12 Uhr an. Der Oberst erhielt einen Blumenstrauß von kleinen Mädchen in dreifarbigem Costüme. Die Truppen marschirten über das Glacis nach der Citadelle, ohne durch die Stadt zu kommen; sie sind conzignirt. Heute Abend findet eine Illumination statt. Der „Moniteur“ erklärt es für falsch, daß Schwierigkeiten wegen Regulirung der Rechnungen sich zwischen Manteuffel und Saint-Vallier erhoben gehabt hätten. Im Gegentheil habe Manteuffel die im Voraus bezahlten Gelder, welche für den Unterhalt der deutschen Truppen vom 17. bis zum 20. September bestimmt waren, zurückerstattet, da die Occupation nur bis zum 16. dauerte.

Spanien.

Madrid, 12. Sept. [Ueber die Vorgänge in Cartagena] vor und während der Abführung der beiden Schiffe „Almansa“ und „Vitoria“ nach Gibraltar auf Befehl des englischen Vice-Admirals Velberton giebt der dabei indirect theilhabende Specialcorrespondent der „Times“ eine recht dröckliche Beschreibung, deren Einzelheiten im Einklange stehen mit dem gleichfalls höchst spasshaften Bericht, den kürzlich die „Daily News“ von der Naivität der murcianischen Regierung brachten:

„Die Nachricht, daß die beiden Schiffe nach Gibraltar gebracht werden sollen — so ist der Inhalt des Briefes —, brachte natürlich die ganze Stadt in Aufregung. Spät in der Nacht wurde der Berichtstatter der „Times“ aus dem Bette gelockt durch den Senor Sauballe, den Bruder des Finanzministers, der, beiläufig gesagt, der einzige mit dem Ministerium verknüpfte Mensch ist, der Englisch versteht und daher gleichsam als „Minister ohne Portfeuille“ die Unterhandlungen zwischen den Intrantsigen und der englischen Flotte befoht. Dieser erzählte ihm, wie auf die Anlandung von Velbertons Entschlusse eine Spaltung im murcianischen Cabinet ausgebrochen, daß darauf Senor Galvez, in geheim von General Contreras unterstützt, das Cabinet gewaltthätig im Arenal eingeschlossen und daß so eben die Junta den Commandanten der Forts und der Panzerschiffe strikten Befehl ertheilt, auf die englischen Schiffe zu feuern, falls die „Almansa“ und „Vitoria“ fortgeführt würden. Er selbst (Sauballe) sei beauftragt, den englischen Admiral von diesem Beschlusse in Kenntniß zu setzen. Ob nun Sauballe selbst seinen Auftrag mißverstanden, oder ob die Junta überhaupt in ihrer Kopfschmerz nicht wußte, was sie befohl, genug, am andern Tage wurde Sauballe angeklagt, den Inhalt seiner Bestellung an Velberton fälschlich dargestellt und dadurch beinahe die englischen und spanischen Schiffe in einen Kampf verwickelt zu haben, so daß belagter Correspondent sein ganzes Ansehen bei beiden Theilen aufbieten mußte, um zu beweisen, daß Sauballe bona fide gehandelt habe. Beide begaben sich nun in Begleitung einiger anderer Engländer an Bord der spanischen Kriegsschiffe „Alonso“ und „Almancia“, deren Bemannung zum Theil aus zerlumpten Sträflingen bestand und deren Offiziere sich der Befolgung der Schiffe mit Gewalt widersehen wollten. Bekanntlich bestand Admiral Velberton

auf seinem Entschlusse, die Schiffe nach Gibraltar zu bringen, ohne der Regierung in Carthago die Garantie zu leisten, daß sie wenigstens nicht den Maibratern ausgeliefert werden sollten. Die Junta fand sich dadurch in einer höchst fatalen Lage; denn wenn sie einwilligte, so rückte ihr der wahnsinnige Commandant des Forts Galeras auf den Hals, ein früherer Briefträger, der sich längst auf seinem hohen Horste von der Regierung unabhängig gemacht und durch keinerlei Listen veranlaßt werden konnte, seinen Posten zu verlassen. Im entgegengesetzten Falle würde ihre Lage noch mißlicher, da zu dem alten Feinde vor ihren Ringmauern ein neuer auf der See hinzutrat, dessen Panzergeschwader sie nicht so leicht zu widerstehen vermochte. Glücklicherweise verlief die ganze Angelegenheit trotz der drohenden Haltung der Intrantsigen friedlich; zwar sandte Contreras einen prählenden Protest, worin er die Verantwortlichkeit des Schrittes mahnd auf Velberton wälzte; aber die „Vitoria“ und „Almansa“ dampften ruhig ab und selbst der patriotisch: Briefträger des Fort Galeras enthielt sich jedes Schusses. — Senor Galvez, der, wie oben bemerkt, die Minister einsperre, ist bekanntlich seines Zeichens ehrlicher Schachspieler, befißt indeß große Energie und würde sich längst zum Dictator emporgeschwungen haben, wenn er Lesen und Schreiben verstände. Anfangs war man, angezogen dieses Bildungsmangels in Verlegenheit, wo man ihn unterbringen könnte und kam dann auf den glücklichen Gedanken, ihn zum Colonienminister zu machen, in der Erwartung, daß er bis zu dem Zeitpunkt, wenn der Canton Murcia sich Colonien erobert, diese Säden seiner Erziehung vervollständigt haben werde.“

Russland.

E. St. Petersburg, 10. September. [Die Reisen des Kaisers.] — Die Heeresorganisation. — Die Kämpfe mit den Turkmänen. — Der dreitägige Aufenthalt des Kaisers in Moskau war hauptsächlich militärischen Übungen gewidmet. Nach der Truppenchau und dem Cavallerie-Exercitium vom 28. August auf dem Gubomskischen Felde fand am darauf folgenden Tage ein Zielschießen der Infanterie und Artillerie, und am 30. ein doppelseitiges Manöver statt. Am 10. Abends erfolgte dann die Weiterreise, und 24 Stunden später traf Se. Majestät in dem Flecken Baturin des Gouvernements Tschernigow ein, wo die zusammengezogenen Truppen der dortigen Gegend gleichfalls vor dem Kaiser am 1. d. M. nach dem Ziele schiefen und am 2. manövrirten mußten. Ebenso hielt derselbe in Kiew, wo er am Abend des 2. September angelangt war, eine Revue über das Militär ab. Am 8. Abends traf auch die Kaiserin mit den beiden jüngsten Großfürsten Sergij und Paul und der Großfürstin Maria in Kiew ein, welche am 1. von hier ausgefahren waren. Am 4. waren größere Manöver. Am 5. Mittags reiste die kaiserliche Familie nach Odessa weiter. Hier empfing der Kaiser am 6. den türkischen Botschafter und hielt auch wieder über die dortigen Truppen eine Revue ab. Abends besetzten die Allerhöchsten Herrschaften die Dampfschiff „Elvadia“, und am 7. sind sie wohlbehalten am Ziel ihrer Reise in Eubadia auf der Krim, eingetroffen. Die ganze Reise des Kaisers hat also einen überwiegend militärischen Charakter gehabt, und auch sonst ist es gerade das militärische Ressort der Regierung, welches besonderes Leben entwickelt. Die Einführung der neuen Heeresorganisation wird mit aller Energie eingeleitet. Für den Fall einer etwa einmal nothwendig werdenden schnellen Mobilisirung werden die betreffenden Vorbereitungen angestellt, indem man die beurlaubten Mannschaften einzelner Gouvernements plötzlich einberuft. Mit der beabsichtigten Reorganisation der Sappertruppen macht man den Anfang, indem man die Reservebataillone in active umgestaltet. Die Telegraphenpost soll derartig eingerichtet werden, daß jeder zur Leitung einer Leitung von 14 Meilen, statt der bisherigen 5, befähigt werde. Besondere Aufmerksamkeit schenkt man der Verstärkung der Vertheidigungsmittel an der Westgrenze. Zur Errichtung von Festungswerken bei der Stadt Dubno in Wolhynien und bei Ossowez unweit der polnischen Grenze sind die ersten Aufnahmen bereits gemacht worden. Auch denkt man daran, Warschau zu einem Centralwaffenplatz zu erheben, aus dem man im Stande wäre eine Armee von zwei Corps auszurüsten und zu mobilisiren. Alle diese Operationen beweisen, daß Rußland fortgesetzt bestrebt ist, sich zu einer Kriegsmacht allerersten Ranges zu erheben, die mit jedem andern Staate Europas zu concurriren vermöge. Aber so sehr dies die volle Beachtung und Würdigung Aller verdient, so wenig liegt darin das Symptom kriegsrieger Pläne für die nächste Zeit. Schon allein deshalb, weil man eben die große Weisheit der Reiches ernstlich erreichen will, braucht man selbst Ruhe und Frieden auf Jahre hinaus. Die neuesten Nachrichten des General-Adjutanten v. Kauffmann über die Kämpfe mit den turkmenischen Somuden beweisen, daß dieses Nachspiel der schweißigen Expedition gefahrloser und schwieriger war, als die Kämpfe während der Hauptaction. Die Turkmänen, welche, unbekümmert um den Chan, von jeher ein zügelloses, räuberisches Wesen getrieben haben, dem ein Ende zu machen der Chan nicht wagte, mußten zur Ordnung gebracht werden, wenn anders eine Organisation der Verhältnisse im Chanat möglich erscheinen sollte. General v. Kauffmann begann damit, daß er ihnen eine Kriegskontribution von 300,000 Rubeln auferlegte, nicht zu hoch für diese Nomadenbevölkerung, die 30,000 Zelte zählt. Die Zahlung der Contribution wurde nicht nur nicht geleistet, sondern die Somuden beschloßen bewaffneten Widerstand. Das zu ihren Lagerplätzen abgesandte Detachement von 8 Compagnien, 10 Geschützen und 8 Sporniten Reiter mit einer Raketenbatterie unter General Golowatschew hatte am 25. und 27. Juli zwei Ueberfälle zu erfahren, in denen die außerordentlich tüchtigen, bis zum äußersten entschlossenen Turkmänen mit höchster Erbitterung kämpften und den russischen Truppen die Sache nicht leicht machten. Aber sie wurden dennoch bewältigt und am 27., 28. und 29. Juli in die Sandwüsten hinein verfolgt. Ihre Verluste waren dabei gewaltig, aber auch diesseits sind dieselben im Vergleich zu den früheren Kämpfen nicht unbedeutend; es sind in den Gefechten gefallen ein Oberstleutnant, ein Fähnrich und 8 Mann, verwundet General Golowatschew, 2 Stabsoffiziere, 2 Oberoffiziere und 33 Mann, Verwundungen durch Säbelhiebe, ein Beweis von der Kühnheit der Feinde, die trotz der furchtbaren Feuerwaffen, die schreckliche Verheerungen unter ihnen anrichteten, den Truppen wiederholt bis auf den Leib rückten. Aber auch diese haben sich heldenmüthig geschlagen. Nach der Niederlage begannen die Somuden die Contribution zu zahlen, indem sie wieder in ihre Wohnplätze zurückkehrten. Mit ihrer Unterwerfung ist die Hauptbedingung für die Ordnung der Verhältnisse im Chanat erfüllt.

Amerika.

Newyork, 29. August. [Die politischen Parteien der Union.] Ein Rückblick auf den Gang der Politik seit dem zweiten Amtsantritt Grams bestätigt die oft ausgesprochene Ansicht, daß es den verschiedenen Parteien augenblicklich an einer brennenden Frage, an einem allgemein zündenden Schlagwort fehlt. Die Staats-Conventionen, welche sich beabsichtigt Aufstellung von Candidaten für die Herbstwahlen versammelten, haben die landesüblichen Plattformen vom Stapel gelassen; diese politischen Glaubensbekenntnisse ähneln sich, wie ein Ei dem andern, ohne Rücksicht, ob sie von Republikanern oder Demokraten ausgegangen sind. Alle protestiren gegen den Plänen-Diebstahl, den Credit-Mobilitäts-Scandal u. s. w.; da sich an diesen und anderen Betrügereien aber beide Parteien mit rührender Uebereinstimmung gleichmäßig theilhaben, so ist es schwer einzusehen, auf welche Weise die eine Partei diese Thatsachen zum Nachtheil der andern benutzen kann. Wie sehr diese moralische Entrüstung bei dem Handwerks-

Politikern (und leider bilden sie auf allen Conventiolen die überwiegende Majorität) nur leeres Geschwätz ist, ergiebt sich aus einem kleinen Malheur, welches den Demokraten erst kürzlich in Pennsylvania passiert ist. Auch sie ergingen sich in hochtönenden Phrasen gegen den Salatr-Diebstahl und erwählten alsdann zum Vorsitzenden der Versammlung ein Mitglied des Congresses, welcher zwar gegen das Gesetz gestimmt, später aber ohne Gewissensbisse die Salatr-Zulage eingestrichen hatte. Der Herr, welchem die Ehre des Vorsitzes zugebach war, hatte schließlich aus eigenem Antriebe Delicatsen genoss, den Vorstoß abzulehnen. Solche Vorfälle charakterisiren das ganze Parteigetriebe. Die einzigen Organisationen, in welchen fidesches Leben pulst, sind die Farmer-Verbindungen, welche sich gegen das Monopol auflehnen haben. Der Kampf gegen die mächtigen Eisenbahn-Corporationen ist kein leichter, aber so wenig praktisch die Bewegung auch in ihren bisherigen Anfängen ist, so werden Politiker aller Gattungen doch in Zukunft mit ihr rechnen müssen. Der größere Theil der von den Farmern erhobenen Beschwerden ist wohl begründet. Die wahren Feinde des Wohlstandes der Landwirthe sind die allgemeine Corruption und die hohen Schutzzölle, und gegen diese muß sich der Kampf der Farmer ausdehnen, wenn sie mehr als lokale Erfolge erlangen wollen. Jefferson Davis' Rede vor der südlichen historischen Gesellschaft in Virginien hat auch im Süden böses Blut gemacht. Die freche Theorie dieses unverwundlichen Rebellen, der Süden sei betrogen und nicht erobert worden, findet daselbst um so bestigeren Widerstand, als bei einem Betrüge oder Verrathe südliche Generale hätten mittheilhaftig sein müssen. Herr Davis hat böse Gekister beschworen und schon schwirren ihm schwere Gegenanklagen um das Haupt, so von Seiten des Ex-Gouverneurs Foote, der ihn beschuldigt, öffentliche Gelder der Rebellen-Regierung unterschlagen zu haben. Wäre Herr Davis der warmflehende Patriot, als welchen er sich allenthalben selber preist, er würde, statt in alten Wunden zu wühlen, dazu beitragen, dieselben zu heilen, wozu ihm z. B. in Kentucky treffliche Gelegenheit geboten wäre. In dieser festen Burg der Demokratie machen sich in letzter Zeit die Ru-Mure wieder in einer Art breit, daß die Staatsbehörden nicht im Stande sind, das Treiben derselben zu unterdrücken. Allgemein sind die Klagen und erst jüngst legte der demokratische Gouverneur Leslie eine Belohnung von 5000 Doll. für das Einfangen einer solchen Bande aus, die einen unschuldigen Regier ermordet hatte. Als Antwort auf diese Proclamation erfolgten weitere Morde von Regern, und es steht ganz danach aus, daß bei längerer Dauer die National-Regierung ein Einschreiten nicht wird vermeiden können. (N.-V. G.-Z.)

[Indianerkämpfe aus dem Terrain der Pacificbahn.] Wie mit den letzten Posten aus New-York gemeldet wird, ist es zwischen den Indianern und den amerikanischen Truppen, welche der Vermessungs-Expedition der Nord-Pacificbahn am Yellowstone River als Bedeckung dienten, zu scharfen Kämpfen gekommen. Der Schauplatz war zwischen dem Yellowstone River und dem Muffel Shell River, und die Indianer zählten in einem Treffen 800 Mann, die mit schweren Büchsen bewaffnet waren. Die Verluste waren übrigens auf beiden Seiten im Verhältniß zu der Zahl der Truppen nicht bedeutend. Am empfindlichsten dürfte die Bahn-Gesellschaft leiden, die naturgemäß finden wird, daß derartige Verheerungen ihre Ländereien, welche sie gern an den Mann bringen möchte, empfindlich hinabdrücken, da der Landwirth aus nachliegenden Gründen die Gegend meiden, wo 800 mit Büchsen bewaffnete Rothhäute herumspazieren.

[Zur dritten Wahl Grants.] Die Journale benutzen den an bedeutenden politischen Ereignissen armen Spätsommer, um schon im Voraus die dritte Wahl Grants zum Präsidenten der Republik im Jahre 1876 zu erbittern. Ein unternehmender Journalist giebt bei dieser Gelegenheit Grants Meinung selbst zum Besten, die er bei einem Besuche in des Präsidenten Sommerwohnung aus dessen Munde vernommen haben will. „Er selbst (Grant) — so heißt es nach einem Auszuge in der „Times“ — kümmerte sich wenig um seine Wiederwahl. Gerne ihm als Präsidenten obliegenden Pflichten nähmen einwirken seine ganze Kraft in Anspruch. Uebrigens wisse man ja wohl, daß er zur Zeit nur widerwillig seinen Generalposten aufgegeben, selbst als er der Unterstützung der Republikaner schon gewiß war. Auch nach der zweiten Wahl habe er eigentlich nicht gestrebt, obgleich er seinen Freunden nicht verhehle, daß sie ihm für die Parteileumdungen, denen er als Präsident anbeimgelassen, eine Genugthuung schuldig seien. Was die augenblickliche Neugier der Zeitungen über den Entschluß, den er fassen würde betreffs einer dritten Wahl, angehe, so fiele ihm dabei die Antwort Lincolns an einen ungestümen Bewerber um einen militärischen Posten ein: „Ich habe bei der Verwaltung keinen Einfluß, mein Freund, Sie werden sich an den Congress wenden müssen“. Zur Befriedigung ihrer Witzbegierde über seine Wiederwahl möchte sich die Presse doch an die Partei wenden, die ihn früher gewählt habe. — Als ihn nach dieser Auskunft einer der Besucher direct frag, warum er denn nicht den ganzen gegenwärtigen Klatsch durch die einfache Erklärung, er werde sich nach Ablauf einer zweiten Amtsperiode in's Privatleben zurückziehen, zum Schweigen brachte, erinnerte ihn Grant an das Schicksal von Colfax und bedauerte ihm, er würde noch genug Zeit zum Ablehnen haben, wenn die Ablehnung in seiner Macht stände.

Provincial-Beitung.

+ Breslau, 16. September. [Der Herr Handelsminister Dr. Henrich] langte heute Morgens um 6 $\frac{1}{2}$ Uhr mit dem Courierzuge der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn auf dem Centralbahnhofe hier an. Schon gestern Nachmittag um 3 $\frac{1}{2}$ Uhr wurde Sr. Excellenz erwartet, doch hatte sich in Berlin seine Abreise um 12 Stunden verzögert. Von Seiten der Oberschlesischen Eisenbahn war ein Salonwagen nach Berlin geschickt, und dem Herrn Minister zur Verfügung gestellt worden. Auf dem Centralbahnhofe hatte sich der Herr Bergbaupräsident Dr. Serio und der Regierungs- und Baurath Grottefeld, letzterer als Vertreter für den Vorsitzenden der königlichen Bahndirection der Oberschlesischen Eisenbahn, zur Begrüßung des Herrn Handelsministers eingefunden. Derselbe nahm während des viertelstündigen Aufenthaltes im Königszimmer das Frühstück ein und setzte mit dem Courierzuge der Oberschlesischen Eisenbahn die Weiterreise nach Wien fort.

* [F. v. v. Loß.] Wie die „Schles. Volksz.“ erzählt, ist der Reichstagsabgeordnete F. v. Loß — der Heißsporn der Centrumsfraction — seiner Stellung beim königl. Oberpräsidium Schlesiens entsetzt worden.

* [Geburten und Mortalität.] Im Laufe der letzterfloffenen Woche sind hierorts polizeilich angemeldet worden: als geboren 102 Kinder männlichen und 90 Kinder weiblichen Geschlechts, zusammen 192 Kinder, wovon 23 außerordentlich; als gestorben 87 männliche und 70 weibliche, zusammen 157 Personen incl. 10 todgeborener Kinder.

+ Breslau, 16. Sept. [Alarmirungen der Feuerwehr.] Von Station 47 (Hospital-Apotheke) aus alarmirt, rückte die Hauptfeuerwache gestern Vormittag um 11. Stunde nach Neue Weltgasse Nr. 46, woselbst in einer im 1. Stock belegen Wohnstube ein Bett und eine Wiege während kurzer Abwesenheit der Bewohner in Brand gerathen, vor Eintreffen der Feuerwehr aber schon wieder gelöscht worden waren. — In der zweiten

Stunde rückte, von Station 58 (Friedrichstraße 98) aus alarmirt, die Hauptfeuerwache nach dem bezeichneten Hause, woselbst in einem Keller Brennholz durch aus schlecht verschlossenen Reinigungsbüchsen eines russischen Schornsteins herausgefallenen glühenden Ruß zum Brennen gekommen war. Auch hier war die Gefahr schon vorüber.

+ Breslau, 15. Sept. [Schwurgericht.] Die für heute angeordnete Verhandlung gegen den Einleger Karl Saline aus Gr.-Schönwald mußte ausgesetzt werden, weil einer der Zeugen nicht erschienen war.

Die zweite Verhandlung führte den Arbeiter Karl Julius Martin aus Breslau wegen verachteten Raubdes vor die Geschwornen. Der Thatbestand des ihm zur Last gelegten Verbrochens ist folgender:

Am 27. Mai d. J. Abends gegen 10 Uhr hatte sich der Kaufmann Fuchs bei heftigem Regen und dadurch vermehrter Dunkelheit mit einem Schirm versehen an das hiesige Stadttheater gegeben, um seine Ehefrau zu erwarten, welche sich in der Vorstellung befand. Zu diesem Zwecke stellte er sich an dem südlichen Ausgang des Theaters auf, welcher auf den Durchgang führt, der zwischen Theater und Gubernementsgebäude die Communication von der Schwelmer Straße nach dem Exercirplatz vermittelt. Zu diesem Ausgang führen zwei Stufen, auf deren oberster der Kaufmann Fuchs noch nicht lange Platz genommen hatte, als er den Angeklagten auf den längs des Stadttheaters hinführenden Trottoir auf und abgehen sah. Er bemerkte hierbei, daß er von dem Martin schief in's Auge gefaßt wurde. Wöhlisch sprang Martin auf ihn zu, faßte die von Fuchs um den Hals getragene goldene Uhrkette desselben und suchte dieselbe mit einem kräftigen Ruck loszureißen. Fuchs faßte den Martin an der Hand, welche die Kette hielt, warf schließlich seinen Schirm fort und den Dieb zur Erde. Von dem auf den Silbersack des Fuchs herbeieilenden Schutzmänn wurde Martin sofort inhaftirt. Auf der Polizei hatte er dann angegeben, daß er nach dem Theater gegangen sei, um zu sehen, was seine Geliebte mache, von der er gehört hatte, daß sie hätte die Vorstellung besuchen wollen, und die er im Verdacht der Untreue gehabt habe. Außerdem leugnete er in der Voruntersuchung auch die That gänzlich, indem er angab, von dem Fuchs ins Auge gefaßt worden und dadurch mit ihm in Streit und Handgemach gekommen zu sein. Da sich aus dem Vorleben des Angeklagten ergeben hatte, daß er öfter in die Irrenabtheilung der hiesigen Krankenanstalt zu Allerheiligen gebracht worden war, so waren auch die beiden Ärzte derselben, Prof. Dr. Neumann und prakt. Arzt Dr. Bernide als Sachverständige geladen. Heute beharrte der Angeklagte bei seinem Leugnen und erklärte außerdem noch, er sei an dem fraglichen Abend so sinnlos betrunken gewesen, daß er nicht wisse, was sich damals zugegetragen. Die letztere Angabe war nach der Zeugnisaussage des betreffenden Schutzmannes offenbar unrichtig.

Der zuerst vernommene Sachverständige Prof. Dr. Neumann gab an: Er kenne den Angeklagten daher, daß derselbe bereits 5 Mal, 3 Mal im Jahre 1869 und 2 Mal in diesem Jahre unter seiner Behandlung sich in der Irrenklinik des städtischen Krankenhauses befunden habe. Aus den geführten Journalen ergab sich, daß derselbe wegen sogenannten Alkoholismus behandelt worden und niemals lange im Hospital geblieben sei. Unter Alkoholismus im Gegenfage zu delirium tremens verstehe man nämlich den Zustand eines Menschen, der durch zu häufigen Genuß von Alkohol, wenn auch nicht seiner Vernunft beraubt, so doch zeitweise am vollen Gebrauch derselben behindert sei. Demnach müsse er die Frage nach der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten im Allgemeinen durchaus bejahen. Der Vorlesende (Kreisgerichts-Director Santusch aus Streblen): „War also der Angeklagte bei Begehung der That zurechnungsfähig?“ Prof. Neumann: „Die Beantwortung dieser Frage bitte ich nicht mir vorzulegen, da hierüber sich die Geschwornen werden zu äußern haben.“

Der Dr. Bernide erklärte, daß er den Angekl. unter specieller Behandlung genommen habe, weil er an ihm die Wahrnehmung gemacht, daß derselbe an einer schwachen, einseitigen Lähmung der Beinhälften und des entsprechenden Armes leide. Diese Lähmung aber lasse nach den Erfahrungen der Wissenschaft auf eine Krankheit der entgegengesetzten Gehirnhälfte schließen und in solchen Fällen sei häufig beobachtet worden, daß die betreffenden afficirten Personen nicht im Stande wären, bei gewissen sich geltend machenden Begierden sich die Folgen derselben klar vorzustellen. Daß der Angeklagte bei Begehung der That sich in einem solchen Zustande befunden, ersehe ihm insbesonbere deshalb sehr glaubhaft, weil derselbe nach seiner Ueberwältigung noch fortwährend die Uhrkette festgehalten hatte und seine Hand mit Gewalt von derselben losgemacht werden mußte. Der Vertreter der königl. Staatsanwaltschaft, Herr Staatsanwalt Rosenberg, machte auf den Widerspruch aufmerksam, der in diesen beiden ärztlichen Gutachten liege, worauf Herr Prof. Neumann erklärte, daß er bei seiner Ansicht deshalb verharren müsse, weil die von Herrn Dr. Bernide beobachteten Krankheits-Erscheinungen die Unzurechnungsfähigkeit des Angeklagten durchaus nicht beseitigen, deren Feststellung vielmehr nur möglich sei, wenn sich nachweisen ließe, daß verschiedene positive Handlungen des Angeklagten nur aus einer solchen Gehirnanomalie zu erklären seien. Er glaube, den Angeklagten am Besten als einen in die Kategorie der „heruntergekommenen“ Menschen gehörigen bezeichnen zu müssen, die ihr Leben zwischen Trunk, Fast und Irren-Anstalt hinbringen. Der Angekl. habe speciell bei seiner Behandlung auch öfter den Eindruck eines Simulanten gemacht.

In seinem Plaidoyer nahm der Herr Staatsanwalt den Standpunkt des Herrn Prof. Neumann ein, indem auch er davon ausging, daß der Angeklagte sich die Folgen seiner Handlungswiese klar zu machen sehr wohl vermöge, wobei er auf das Gewicht hinwies, welches dem Gutachten des Herrn Prof. Neumann beizulegen sei, da dieser den Ruf einer unbefrührten Autorität im Fache der Psychiatrie genieße. Auf den der Anlage zu Grunde liegenden Fall selbst eingehend, setzte er den Geschwornen auseinander, daß die auch darüber würden ihren Widerspruch zu fällen haben, ob ein Raub oder ein bloßer Diebstahl vorliege. Denn es sei zweifelhaft, ob der Angeklagte die zu dem ersten erforderliche Gewalt an der Person verübt habe und sein gewaltthätiges Handeln sich nicht ausschließlich auf die zu stehende Sache, die Uhrkette, erstreckt habe. Die Annahme von milderen Umständen könne er jedoch jedenfalls nicht empfehlen. Der Vertheidiger, Herr Justizrath Fränkel, glaubte, daß diese wohl zugebilligt werden könnten und machte darauf aufmerksam, daß die That des Angeklagten nach Inhalt der Anlage sich als Strafenraub qualifiziren würde, der aber jedenfalls deswegen nicht vorhanden sei, weil, wenn er auch zugebe, daß jener Durchgang am Theater ein öffentlicher Weg sei, der Kaufmann Fuchs sich doch nicht auf diesem, sondern unter der Thür befunden habe. Er setzte weiter auseinander, daß überhaupt kein Raub, sondern nur Diebstahl vorliege, da in der That Gewalt an der Person des Fuchs nicht verübt worden sei. Dem widerprüche auch der Umstand nicht, daß Fuchs von den Stufen herabgezerrt worden sei, denn das sei lediglich dadurch geschehen, daß dieser den Angeklagten, als derselbe sich losmachen wollte, gerade festgehalten habe.

Der Vorlesende faßte in seinem Resümee die Bestimmung des § 100 der Verordnung über die Einführung der Geschworenengerichte (vom 3. Januar 1849), wonach er den Hergang und das Resultat der Beweisaufnahme in einer kurzen Darstellung zusammenfassen soll, dahin auf, daß er unter Anderem erklärte, die Fragen, ob Gewalt an der Person vorliege und ob Zurechnungsfähigkeit vorhanden sei, unbedingt bejahen zu müssen. Auch sei keineswegs richtig, daß der Umstand, daß Fuchs sich unter der Theaterthür befunden, die Annahme ausschließe, die That sei auf der Straße begangen. „Wo würde auch die Sicherheit des Staates und der Stadt bleiben, wenn man an einem Hause stehend, ungestraft seiner Uhrkette beraubt werden dürfte? Sicher hätte Fuchs von seiner Uhr und Uhrkette nie etwas wiedergegeben, wenn er nicht zufällig so stark gewesen wäre, um sich des vom Angeklagten auf ihn gemachten Angriffes erwehren zu können!“

Danach bejahten die Geschwornen die Frage, ob der Angeklagte versucht habe eine fremde bewegliche Sache mit Gewalt gegen eine Person und auf einem öffentlichen Wege in rechtswidriger Weise sich anzueignen, verneinten auch das Vorhandensein milderer Umstände. Die ihnen gemäß §. 51 des Reichsstrafgesetzbuchs gestellte Frage, ob der Angeklagte zur Zeit der Begehung der Handlung sich in einem Zustande von Bewußtlosigkeit oder krankhafter Störung der Geistesthätigkeit befunden habe, wurde von seinen freien Willensbestimmung ausgeschlossen war, wurde entsprechend dem Gutachten des Herrn Prof. Neumann mit „Nein“ beantwortet.

Die l. Staatsanwaltschaft stellte hierauf den Antrag, auf 4jährige Zuchthausstrafe sowie Exprobat und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht für gleiche Dauer zu erkennen. Das Urtheil des Gerichtshofes, welches diesem Antrage entsprechend ausfiel, schien gar keinen Eindruck auf den Angeklagten zu machen, der überhaupt keine geistige Beweglichkeit zeigte und nur bat, seine Strafe bald antreten zu dürfen.

○ Gletitz, 14. Sept. [Auszeichnungen.] Ihre Majestät die Königin Wittve hat dem Kaufmann Selig Lustig und Frau, zur Feier ihrer Jubeljahre, als Ehren-Anwanden eine Bibel mit den Bildnissen beider Majestäten in eigenhändig unterschriebener Widmung berecht und ist dieselbe durch den Rabbiner Hrn. Dr. Hirschfeld im Tempel während des Gottesdienstes dem Paare nach einer kurzen Ansprache überreicht worden. — Den Vorstands-Damen des vaterländischen Frauen-Vereins, Frau Bürgermeister Leuchert, Frau Justizrath Wodiczka, Fel. Schander und Fel. Hatzki re

ist die Erinnerungs-Medaille für Pflege der Verwundeten in den Jahren 1870 und 1871 Allerhöchst verliehen worden.

(Notizen aus der Provinz.) * Glogau. Wie der „Nied. Anz.“ meldet, dürfte der Probst Loszowski aus Bud wohl bald Gesellschaft erhalten. Für den Rittmeister a. D., Reichstagsabgeordneten v. Graf von Ballestrem aus Breslau wird eine Stube in der Hornburg eingerichtet, die derselbe in Folge des bekannten Wahlaufreuses zu beziehen hat. Wie wir hören, ist Graf Ballestrem zu einer siebenwöchentlichen Festungshaft verurtheilt.

+ Glogau. Wie der Anz. meldet, hat der österreichische Cultusminister Herr v. Stremaier am Sonnabend unsere Stadt wieder verlassen. Derselbe hat seine Anwesenheit u. A. benutzt, um dem Abgeordneten Herrn Dr. Paur einen Besuch abzustatten. Beide waren 1848 und 1849 Mitglieder der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt a. M. und gehörten damals einer Fraction an.

Δ Liegnitz. Wie der Anz. meldet, soll ein Mitbürger unserer Stadt der neu zu errichtenden landwirthschaftlichen Mittelschule hier selbst ein Grundstück zur Anlage eines ökonomisch-botanischen Gartens und einer Obstbaumchule unentgeltlich zur Benutzung gestellt haben. — Als am 16. September, Nachmittag um 3 Uhr 9 Minuten, die beiden von Bunzlau und Liegnitz kommenden Züge sich bei Steudnitz kreuzen sollten, erwartete der dort stationirte Bahndiener den Liegnitzer Zug, ließ auf der Strecke stehend aber jenen von Bunzlau ganz außer Acht, hörte auch nicht das wiederholt gegebene Signal und wurde daher überfahren, so daß er sofort getödtet wurde. Der Verunglückte war verheirathet, aber ohne Kinder.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

September 15. 16.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	329 $\frac{1}{2}$ 90	329 $\frac{1}{2}$ 54	329 $\frac{1}{2}$ 47
Luftwärme	+ 9 $\frac{1}{2}$	+ 8 $\frac{1}{2}$	+ 8 $\frac{1}{2}$
Thaumdruck	4 $\frac{1}{2}$ 29	3 $\frac{1}{2}$ 80	3 $\frac{1}{2}$ 97
Dunstfättigung	93 pSt.	92 pSt.	94 pSt.
Wind	W. S. 2.	W. S. 1.	W. S. 1.
Wetter	bedeckt, Regen.	heiter.	bedeckt, Regen.
Wärme der Ober	7 Uhr Morgens	+ 74.	

Breslau, 16. Sept. [Wasserstand.] D.-B. 4 M. 10 Cm. U.-B. — M. — Cm.

Berlin, 15. September. Der Schluß der vorigen Woche hatte eine Muthlosigkeit erzeugt, die einen generellen Umschwung der Stimmung keineswegs für die nächste Zeit erwarten ließ. Um so mehr mußte die Festigkeit überwiegen, die das heutige Geschäft charakterisirt, alle Gebiete der Börsen-thätigkeit umfaßte und auf den Verkehr auch insofern influirte, als derselbe sich um ein Bedeutendes lebhafter, als dies überhaupt in der jüngsten Zeit der Fall gewesen war, gestaltete. Bis zu einem gewissen Grade boten die von auswärtigen Plätzen einlangenden höheren Coursnotirungen auch hier anregend, da sie vielfach zu Dedungen Veranlassung gaben; wenn sich selbstverständlich in erster Linie hierdurch die Stimmung für diejenigen Effecten befestigte, deren Verkehrsgebiet sich auch auf andere Börsenplätze stützte, so zeigte die bereitwillige Uebernahme der festen Tendenz auch diejenigen Werthe, die einen mehr localen Charakter haben, von der günstigen Disposition und dem Umschwung der Stimmung der Börsen. Von den internationalen Speculationspapieren nahmen nur österr. Creditactien eine bevorzugte Stellung ein denn für Lombarden und Franzosen war nicht nur der Umschwung sehr gering, sondern die Stimmung blieb auch trotz einer kleinen Coursabnahme wenig fest und die Notiz schloß zum Bricours. Österr. Nebenbahnen traten nur in sehr geringfügigem Maße in Verkehr. Kaiserthum-Darlehens waren effectiv matt, andere Effecten dieser Gattung behaupteten sich ziemlich gut. In auswärtigen Fonds fand ein nicht ganz belangloses Geschäft statt. Österreichische Renten animirt und im Course anziehend, französische und italienische Renten ruhiger, Türken zu unbedeutendem Course sehr fest, auch Amerikaner sehr fest und zu steigendem Course in großen Summen gesucht, russische Werthe still und meist unverändert, nur russisch-polnische Schatzobligationen in guter Frage. Preussische Fonds recht fest, Pfandbriefe belebt, Deutsche Fonds jedoch still und eher matt, besonders zeichneten sich Prämienanleihen in letzterer Hinsicht aus. Prioritäten zeigten auch heute große Festigkeit bei vergrößerten Umsätzen. Neu an den Markt kamen 4 $\frac{1}{2}$ Bdschl. d. 1873 und fanden zum Course von 92 $\frac{1}{2}$ % lebhaft Abnahme, Eisenbahnactien riefen eine etwas gesteigerte Regsamkeit auf, ohne daß das Cours-Niveau dabei in stärkerem Maße verändert worden wäre. Die schweren rhein-westf. Devisen zogen etwas an; Potsdamer belebter. Von kleinen Bahn-Nachbarn beliebt, Schweizer Union steigend, Schweizer Westf. matter. Für Banactien war die Stimmung günstiger, doch blieben die Course meist unverändert, oder haben doch nur sehr geringe Abwanc aufzuweisen. Ein sehr bedeutender Umschwung fand in Disconto-Commandit zum Course von 215 a 220 pr. ultimo statt. Centralbank für Bauten, Effener Credit, Brüsseler Disconto und Südd. Centralb. steigend u. belebt. Thür. Bank. Verlor wieder einige Procente. Von Industrie-papieren zeichneten sich Bergwerksactien durch größere Umsätze aus und konnten Effecten dieser Art meist Coursabwanc durchsetzen. Dortmund, Laura, Gelsenkirchen, Louise und Centrum, auch Hibernia, Victoria u. a. sehr fest und belebt. Brauerei-Actien lebhaft. Rostocker Schiffbau besser, Fabrik für Eisenbahn-Material zu Hagen in Westfalen bezeichnet man uns als zu 106 belobt gehandelt. Oberschlesischer und Thüringischer Eisenbahnbedarf sowie Münnich belebt und anziehend. (B.-u. H.-Z.)

[Thüringer Bankverein.] Die „Dr. Nachr.“ ergänzen die Notiz über erfolgte Zahlungs-Einstellung der Dresdener Filiale des Thüringer Bankvereins dahin, daß der Director und der Buchhalter dieses Geldinstituts von Dresden abgereist sind — wohin? ist zur Zeit unbekannt. Am Donnerstag früh machte der Buchhalter dem Director die Mittheilung, daß die Filiale zahlungsunfähig sei und sich die Sache nicht länger hinhalten lasse. Es wurde rasch eine Anzeige an das königliche Handelsgericht aufgesetzt, welche der Buchhalter persönlich abgeben zu wollen erklärte: „Nehmen Sie mich da gleich mit!“ erwiderte der Director. Gefagt, gethan. Beide verließen den Schauplatz ihrer bisherigen Wirksamkeit mit dem Schreiben; dasselbe ist jedoch noch nicht abgegeben, und wohin sich die freiwilligen Briefträger mit dem Briefe gewandt, weiß zur Zeit noch Niemand. Der Fall erregt in der Geschäftswelt das größte und peinlichste Aufsehen. Noch liegt die Zeit nicht so fern hinter uns, daß die Actien des Thüringer Bankvereins auf 250 hinaufgetrieben wurden, heute beleidigt man Jemand, wenn man sie ihm für 12 anbietet. Schlimmer fällt's in's Gewicht, daß die Filiale noch bis in die letzte Zeit das Publikum aufforderte, ihm Spareinlagen anzubieten. Es wurden 5 pSt. Zinsen geboten. Wie viele Leute mögen da um ihr Geld gekommen sein? Inwiefern sich der Fall zu einer staatsanwaltlichen Untersuchung eignet, ist noch unentschieden.

Berlin, 15. September. [Berliner Viehmarkt.] An Schlachthühn wurden auf dem Viehmarkt zum Verkauf angetrieben: 2500 Stück Hornvieh, gegen vorwöchentlich ca. 300 Stück mehr, welche den Bedarf für Platz sowie Umgegend bei weitem überstiegen, und blieben daher von den geringen Qualitäten, welche am Markte gegen die feinen überwiegend vertreten waren, bedeutende Bestände; Export für die Rheinprovinz war auch nur sehr schwach; 1. Klasse erzielte den Preis von 19—21 Thlr.; 2te 15—17 Thlr. und 3te 13—14 Thlr. pr. 100 Pfd. Fleischgewicht; 6043 Schweine beaupteten die letzten Preise: für 100 Pfd. Fleischgewicht der Kernwaare 20 Thlr.; der Handel wickelte sich nur langsam ab, da die Zutritten mit Rücksicht auf den Platzbedarf, in so fern Käufe nach außerhalb nicht abgeschlossen wurden, zu stark auf den Markt gekommen waren; 12,775 Hammel hatten, was die magere Waare anlangt, sehr laune Preise, waren im Uebrigen auch schwer veräußert; fette schwere Hammel waren mehr gefragt und galten 40—45 Pfd. Fleischgewicht 7 $\frac{1}{2}$ —8 Thlr.; 1087 Rälber fanden zu guten Preisen Käufer.

Berlin, 15. September. Weizen: Termine ohne Aenderung. Gefündigt 7000 Ctr. Ründigungspreis 88 Thlr. loco 78—84 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität bez., pro September 88 $\frac{1}{2}$ —87 $\frac{1}{2}$ Thlr. bez., September-October 88 $\frac{1}{2}$ —87 $\frac{1}{2}$ Thlr. bez., October-November 88—87 $\frac{1}{2}$ Thlr. bez., November-December 87 $\frac{1}{2}$ —87 $\frac{1}{2}$ Thlr. bez., pr. April-Mai 1874 87 Thlr. bez., geibet — Thlr. bez., bunter polnischer — Thlr. bez., abgelassene Anmelungen — Thlr. bez. — Roggen in loco einiger Handel. Termine eröffneten fest und höher, ermäßigten im Verlaufe, so daß Preise wieder auf vorgetragenen Standpunkt zurückgingen und bis zum Schluß verharren. Der Verkehr in Actien sehr beschränkt. Geldmarkt 21,000 Ctr. Ründigungspreis 60 $\frac{1}{2}$ Thlr. loco 60—71 Thlr. pr. 1000 Kilogr. nach Qualität geordert, russischer 59 $\frac{1}{2}$ —60 $\frac{1}{2}$ Thlr. ab Bohn bez., neuer 61 $\frac{1}{2}$ Thlr. ab Bohn bez., erquillter — Thlr. bez., inländischer — Thlr. bez., pr. September 61—60 $\frac{1}{2}$ Thlr. bez., September-October 61—60 $\frac{1}{2}$ Thlr. bez., October-November 61 $\frac{1}{2}$ —61 $\frac{1}{2}$ Thlr. bez., November-December 62 $\frac{1}{2}$ —62 Thlr. bez., December-Januar — Thlr. bez., pr. April-Mai 1874 62 $\frac{1}{2}$ —62 $\frac{1}{2}$ Thlr. bez. — Rälber etwas billiger verkauft. Geldmarkt 2500 Ctr. Ründigungspreis 19 $\frac{1}{2}$ Thlr. loco 20 Thlr. bez. — Spiritus letzte fest und höher ein, erg

